



Sperrfrist: keine

Vier OBs gegen Kappung der Gäubahn „Stuttgarter Immobilieninteressen sind kein Grund“

Tuttlingen. Die Kappung der Gäubahn für zehr und mehr Jahre muss verhindert werden – darin sind sich mehrere Oberbürgermeister aus der Region einig. In einem Schreiben an die Bahn-Bevollmächtigte Clarissa Freundorfer fordern sie daher, zu prüfen, ob die oberirdische Strecke zum Hauptbahnhof auch technisch für einen längeren Betrieb fit wäre.

Zwar sorgen die jüngsten Verzögerungen bei Stuttgart 21 für einen kleinen Zeitgewinn, aber ab 2026 soll nach dem Willen der Bahn und der Stadt Stuttgart endgültig Schluss sein: Die oberirdischen Gleise hinter dem Bahnhof sollen dann verschwinden – und da es noch keinen passenden Ersatz für den Verkehr aus Richtung Süden gibt, enden die Gäubahn-Züge dann in Vaihingen. Wer weiter zum Hauptbahnhof will, muss die S-Bahn zum Hauptbahnhof nehmen.

Gegen diese Kappung der Gäubahn wehren sich schon seit längerer Zeit zahlreiche Oberbürgermeister betroffener Städte. Wie verschiedene Verbände und Initiativen sehen

auch sie im geplanten Pfaffensteigtunnel keine Alternative – zumindest nicht zeitnah. In einem gemeinsamen Brief bekräftigen die CDU-Oberbürgermeister Michael Beck (Tuttlingen), Bernd Häusler (Singen), Jürgen Roth (Villingen-Schwenningen) und Dr. Christian Ruf (Rottweil) ihre Skepsis zum Tunnel: „Sowohl die Planung als auch die Finanzierung des Pfaffensteigtunnels sind nach wie vor ungewiss“, schreiben sie an die für Baden-Württemberg zuständige DB-Konzernbevollmächtigte Clarissa Freundorfer. "Im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger bleiben wir daher bei unserer Forderung, dass eine Stilllegung der jetzigen Gäubahn-Strecke frühestens dann erfolgen darf, wenn auch der Pfaffensteigtunnel zur Verfügung steht. Die derzeit angestrebte Variante mit Umstieg auf die S-Bahn in Vaihingen ist für uns – wie schon mehrfach betont - keine akzeptable Alternative.“

Die vier Oberbürgermeister fordern daher, alles dafür zu tun, dass die Gäubahn möglichst lange auf den bestehenden Gleisen bis zum Hauptbahnhof fahren kann: Die Bahn solle daher jetzt prüfen, ob man dafür die Gleisanlagen nochmals ertüchtigen müsse – und wie hoch dafür der Aufwand sei.

Gegen diese Variante wehrt sich vor allem die Stadt Stuttgart: Sie möchte die bestehenden Bahnanlagen möglichst bald bebauen – und zwar komplett. Dem halten die vier OBs entgegen: „Alleine die Immobilieninteressen der Stadt Stuttgart können kein Argument dafür sein, rund 1,4 Millionen Menschen eine zeitgemäße Anbindung an ihre Landeshauptstadt und auch den bundesweiten Fernverkehr zu verweigern.“